

Fremde Federn: Muriel Asseburg und René Wildangel

Nicht unser Krieg?

Seit Monaten diskutiert Deutschland über mehr außenpolitische Verantwortung. Doch beim jüngsten Krieg in Gaza hat sich die deutsche Politik wieder weitestgehend auf die Rolle der entsetzten Zuschauerin verlegt. Von Deutschland und seinen europäischen Partnern gingen lange keine ernstzunehmenden Initiativen für eine Waffenruhe, einen dauerhaften Waffenstillstand oder gar eine Konfliktregelung aus. Sie wirkten nur als Statisten mit, während der amerikanische Außenminister John Kerry zunehmend hilflos, aber unermüdlich versuchte, eine tragfähige Waffenruhe zu erzielen. Auch haben die Europäer seit Anfang des Jahres keinen Sonderbeauftragten mehr, der vor Ort mit den Parteien sprechen könnte. Das Nahost-Quartett aus USA, Russland, EU und UN ist schon länger von der Bildfläche verschwunden.

Nach dem desaströsen Krieg muss jetzt die Chance ergriffen werden, endlich den Kreislauf aus Blockade, Perspektivlosigkeit und Gewalt dauerhaft zu durchbrechen und eine Dynamik in Gang zu setzen, die auf eine Beendigung der Besatzung abzielt. Damit würde Deutschland seiner stets betonten besonderen Verantwortung für die Sicherheit Israels nachkommen, die es am besten durch eine Zwei-Staaten-Regelung gewährleistet sieht.

Ohne grundlegende Änderung des Status quo ist die nächste Runde der Gewalt bereits programmiert. Daher reicht es nicht, wenn eine Waffenstillstandsvereinbarung wie 2012 nur die Öffnung des Gazastreifens postuliert. Es gilt, sie jetzt umzusetzen. Wie von den Außenministern Deutschlands, Frankreichs und Großbritanniens zuletzt vorgeschlagen, könnte ein internationaler Mechanismus gefunden werden, um Waffenschmuggel zu verhindern. Eine vollständige Demilitarisierung ist aber nur im Rahmen einer innerpalästinensischen Verständigung oder im Rahmen eines Friedensabkommens zwischen Israel und den Palästinensern möglich.

Deutschland sollte mit seinen europäischen Partnern jetzt eine Konferenz anstoßen, die über ein Gebertreffen hinausgeht und neben den Palästinensern vor allem die Besatzungsmacht Israel und den Anrainerstaat Ägypten in die Pflicht nimmt und die Basis für eine dauerhafte, international überwachte und garantierte Öffnung Gazas legt sowie eine Verbindung zur Westbank gewährleistet. Ohne Bewegungsfreiheit zwischen Gaza, der Westbank und Ostjerusalem wird die ohnehin in weite Ferne gerückte Perspektive einer Zwei-Staaten-Regelung obsolet. Nur mit einem geregelten

Warenverkehr kann die exportorientierte Wirtschaft im Gazastreifen wieder auf die Beine kommen.

Zentral sind auch die Abschaffung der von Israel verhängten Sperrzonen, die bis zu einem Drittel des Agrarlandes in Gaza der Bewirtschaftung entzogen haben, die Wiederherstellung der in den Oslo-Abkommen festgelegten Zone von zwanzig Seemeilen für die Fischerei, die einen wichtigen Wirtschaftszweig in Gaza darstellt, sowie der Ausbau des Hafens.

Hauptansprechpartner auf palästinensischer Seite muss für die internationale Gemeinschaft die überparteiliche Einheitsregierung sein, die Anfang Juni zwischen Hamas und Fatah gebildet wurde. Diese Regierung wurde auch von der Bundesregierung zaghaft begrüßt, allerdings kaum unterstützt, obwohl sie sich auf die sogenannten Quartettkriterien – Gewaltverzicht, Anerkennung vorangegangener Verträge, Anerkennung des Existenzrechts Israels – verpflichtet hat.

Letztlich wird eine langfristige Stabilisierung nur durch ein Abkommen gewährleistet, das die Rechte aller Menschen zwischen Mittelmeer und Jordan garantiert. Das wird ohne externe Hilfe nicht gelingen. Deutschland sollte daher gemeinsam mit seinen europäischen Partnern die Bemühungen um eine UN-Sicherheitsratsresolution wiederaufnehmen, die die Parameter und den Zeitrahmen einer Konfliktregelung vorgibt und Konsequenzen eines Scheiterns von Verhandlungen klar benennt.

Nicht zuletzt angesichts der massiven Gewalt gegen die Zivilbevölkerung im jüngsten Krieg sollte die Bundesregierung Waffenlieferungen nach und Rüstungskooperation mit der Besatzungsmacht Israel dringend auf den Prüfstand stellen. Auch sollte sie die Aufklärung von Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen unterstützen, gleich ob sie von der Hamas oder der israelischen Armee begangen wurden. Für die Leistung humanitärer Hilfe und den Wiederaufbau von zerstörter Infrastruktur, wie dem einzigen Elektrizitätswerk, Kläranlagen, Schulen und Krankenhäusern, ist auch Israel in die Pflicht zu nehmen. Und die Bundesregierung sollte ihren Widerstand gegen den angestrebten Beitritt Palästinas zum Internationalen Strafgerichtshof aufgeben, einer Institution, für die sich Deutschland diplomatisch starkgemacht hat und die in der Lage ist, glaubwürdig und neutral Kriegsverbrechen aufzuarbeiten.

Muriel Asseburg ist Senior Fellow in der Forschungsgruppe Naher/Mittlerer Osten und Afrika der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin; René Wildangel leitet das Regionalbüro der Heinrich-Böll-Stiftung in Ramallah.